

# Zehn Jahre Grüne in der Bezirksvertretung



*Teilhabe an der Machtlosigkeit.*

*Ein Plädoyer für mehr Bürgerdemokratie von Silvia Nossek*

Die Bezirksvertretung als Parlament der Wählerinnen und Wähler. Politik im Kleinen, von unten und daher besonders nahe bei den BürgerInnen. Politik, die nicht von Profis, sondern von engagierten Mitgliedern der Bevölkerung gemacht wird, die bei der Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensbereiches mitgestalten wollen. So ungefähr stellten wir Grüne uns Bezirkspolitik vor.

Die ersten Monate waren dann relativ ernüchternd: Parkbänke, die an die Stadtgartenamt aufstellen, ein Baum gepflanzt oder Gehsteige abgeflacht werden - alles war das Tätigkeitsfeld, wie es die Großparteien für sich selber definierten. Anträge wurden nur gestellt, wenn sich ÖVP, SPÖ und FPÖ einig waren, und konnten so auch ohne jede Diskussion abgestimmt werden. Dem wollten wir uns nicht beugen und begannen mit viel Ehrgeiz anders zu sein: Wir stellten Anträge, auch wenn sie abgelehnt wurden - was im übrigen fast immer der Fall war. Im Gegensatz zur oft wortlosen Ablehnung unserer Anträge, wurden die Anträge der anderen Parteien von uns diskutiert und unsere Zustimmung oder Ablehnung auch begründet. Was uns innerhalb kürzester Zeit den schlechten Ruf einbrachte, durch unser vieles Diskutieren die Sitzungen unnötig zu verlängern. Wir waren in diesen Jahren ohne Zweifel die Musterschüler der Bezirksvertretung. Mit viel Elan präsentierten wir Verkehrskonzepte, diskutierten und befuhren mögliche Radrouten und entwarfen Alternativbudgets. Faktisch geändert hat sich durch unseren Zifer wenig - die schwarz-roten

Mehrheitsbeschaffer des Bezirkskaisers blockieren bis heute. Erreicht haben wir immerhin eine Änderung der Diskussionskultur - heute werden die unterschiedlichen Anträge nicht mehr ausschließlich von den Grünen diskutiert - und eine Aufgabe der alten Blockstrukturen, in denen ÖVP, SPÖ und FPÖ prinzipiell gemeinsam stimmten.

Was bleibt, ist eine kritische Sicht dessen, was unter dem Titel Bezirkspolitik stattfindet. Die Bezirksvertretung ist abseits des öffentlichen Interesses in erster Linie damit beschäftigt, vom Magistrat vorgelegte Entscheidungen ohne viel Diskussion abzusegnen. Das bedeutet in erster Linie komplizierte und unnötige Bürokratie. Wienweit geschlossene Verträge für Rasensamen oder Schneeräumung müssen in 23 Bezirken abgestimmt, Aufträge über Guglhupf-Lieferungen für Pensionistenjause per Handheben genehmigt werden. Aktenberge, Amtswege, überbordende Schreibtische.

Darüberhinaus kein Spielraum für Eigeninitiativen der gewählten Bezirksvertretung: Selbst wenn die Bezirksvertretung von sich aus Anträge beschließt, so sind die damit verbundenen Maßnahmen noch keineswegs beschlossene Sache. Ein Beschluß der Bezirksvertretung gilt zunächst als Antrag an den Magistrat - der dann letztendlich entscheidet, was umgesetzt wird und was nicht. Somit scheint es auch ganz selbstverständlich, daß der Magistrat das Budget erstellt, während die Kommissionen der Bezirksvertretung in diesen Vorgang überhaupt nicht eingebun-

den sind.

All dies ist nicht nur unwirtschaftlich, es nimmt normalsterblichen Menschen auch jegliche Lust an der Politik, am Diskutieren über die Zukunft des Bezirks, am Suchen nach Lösungen für die anstehenden Probleme.

Die als bürgernah bezeichnete Bezirksdemokratie ist heute im Grunde eine Form monarchistischer Herrschaftsausübung auf Zeit durch den Bezirksvorsteher - „Bezirkskaiser“ ist daher eine durchaus angemessene Bezeichnung für den höchsten Würdenträger des Bezirks. Der Bezirkskaiser wird weder von der Bezirksvertretung demokratisch gewählt noch ist er ihr Rechenschaft schuldig. Er ist nicht an Beschlüsse der Bezirksvertretung gebunden, sondern ausschließlich dem Bürgermeister verantwortlich. Entscheidungsbefugnis haben der Bezirkskaiser und die Verwaltungsbeamten von Wien - die als Vertreter der Bevölkerung gewählten BezirksrätInnen sind machtloser als Schoitl und Gneißer aus dem Kaisermühlen-Blues.

10 Jahre Bezirksvertretung haben uns zu dem Schluß gebracht, daß dieses System nicht reformierbar ist. Die alte Struktur der Bezirksvorstehung gehört abgeschafft, die gewählte Bezirksvertretung grundlegend neu konzipiert: Anstatt auf lokaler Ebene ein Mini-Berufspolitikertum zu pflegen, muß eine neue demokratische Bezirksstruktur auf das Engagement der BürgerInnen zählen: derjenigen WählerInnen, die heute in Elternvereinen, Pfarrgemeinderäten oder Gewerkschaften aktiv sind.

Damit diese neue Struktur funktioniert, wäre zweierlei notwendig: Zum einen bräuchten die nebenberuflichen BezirksrätInnen fachliche Unterstützung und Beratung zur Ausübung ihrer Tätigkeit. Der Bezirksvertretung sollte daher ein Team aus kompetenten und engagierten Fachleuten - vergleichbar etwa den heutigen Gebietsbetreuungen - zur Seite gestellt werden. Dieses Team erarbeitet Konzepte, stellt Ausschreibungen, prüft Angebote usw. usw. Der Unterschied zur heutigen Tätigkeit des Magistrats: Das Bezirksteam ist der Bezirksvertretung unterstellt und nicht dem Bürgermeister. Und die letzte Entscheidung liegt bei der gewählten Bezirksvertretung und nicht in der Verwaltung.

Zum anderen müßten die BürgerInnen über Geld mitbestimmen können. Es gibt eine Reihe internationaler erfolgreicher Modelle - meist auf der Grundlage, daß die kleine Ebene vor Ort für die Ausführung, für die konkreten Projekte verantwortlich ist, während die Zentrale, in unserem Fall also die Stadt Wien, den Rahmen vorgibt, die Kriterien für die Mittelvergabe festlegt und so auch den Ausgleich zwischen ärmeren und reichen Regionen ermöglicht. Das mag utopisch klingen. Doch wird es gerade in Zeiten allgemeiner Politikverdrossenheit und Politikerschelte zunehmend notwendig, zumindest auf lokaler Ebene die Kluft zwischen Politik und BürgerInnen zu schließen und so der Demokratie eine neue Chance zu geben.

*Silvia Nossek ist grüne Bezirksrätin in Währing.*

1993: Marathonrede: 21 Stunden für den Regenwald